
Deutsche Industrie- und Handelskammer

Stellungnahme

Vertragsgesetz zur Ratifizierung der Änderung von Art. 6 des Londoner Protokolls und Erstes Gesetz zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Ratifizierung der Änderung von Art. 6 des Londoner Protokolls und zur Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes.

A. Das Wichtigste in Kürze

Die EU und Deutschland wollen bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen deutlich senken - und bis 2050 bzw. 2045 klimaneutral werden. Allerdings hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Ziele ohne den Einsatz von Kohlenstoffabscheidung und -speicherung nicht erreicht werden können. Viele energieintensive Unternehmen haben nicht die Möglichkeit, ihre Produktionsprozesse vollständig zu dekarbonisieren. Zudem fehlt immer noch der Zugang zu einer ausreichenden Menge an kohlenstofffreiem oder -armem Wasserstoff. Daher ist es aus Sicht der Unternehmen wichtig, ihnen zusätzliche Optionen, wie die Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung von CO₂, zu eröffnen. Bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle bieten CO₂-Nutzungstechnologien ein großes Potenzial, nicht nur bei der Herstellung von blauem Wasserstoff, sondern beispielsweise auch bei E-Fuels, E-Kerosin oder technischem CO₂ in der Chemie- und Lebensmittelindustrie bis hin zur Herstellung von Kohlenstoff-Nanoröhrchen.

B. Details

Laut dem Umweltbundesamt werden jährlich allein 43 Millionen Tonnen unvermeidbare CO₂-Emissionen von der Industrie in Deutschland ausgestoßen. Die zügige Verabschiedung der beiden Referentenentwürfe ist daher entscheidend, um Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen und den Weg in eine klimaneutrale Zukunft zu ebnen. Nur so lassen sich Investitionen in Technologien zur CO₂-Speicherung und zum CO₂-Export ermöglichen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Fokussierung auf die inländische CO₂-Speicherung ein, da sie eine kosteneffiziente und planungssichere Lösung darstellt. Kürzere Transportwege können laut Unternehmensberechnungen Einsparungen von bis zu 70 % gegenüber dem Export ermöglichen. Dies entlastet die Unternehmen nicht nur finanziell, sondern reduziert zugleich logistische Risiken. Der Aufbau inländischer Speicherkapazitäten sichert notwendige Kompetenzen, trägt langfristig zur Kostensenkung bei und stärkt die

industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich schafft er verlässliche Planungsperspektiven und positioniert die deutsche Wirtschaft im internationalen Umfeld stärker.

Zudem dürfte das verlässliche Monitoring der Lagerstätten an Land besser durchführbar sein. Erschöpfte Erdgaslagerstätten bieten in diesem Sinne ideale Bedingungen für die CO₂-Speicherung, da die Deckschichten das Gas nachweislich über Millionen von Jahren zurückgehalten haben, der Untergrund bereits gut bekannt ist und die vorhandene Infrastruktur wieder genutzt werden könnte.

Der zügige Aufbau einer flächendeckenden CO₂-Infrastruktur an Land erfordert jedoch staatliches Engagement.

Schließlich unterstützen wir die Erweiterung zulässiger Maßnahmen im marinen Geoengineering ausdrücklich, um das Potenzial der CO₂-Bindung aus der Atmosphäre zu erforschen und die Umweltauswirkungen im Meeresbereich zu bewerten. Moderne Technologien und ein robustes Monitoring-System sind unverzichtbar, um Sicherheit, Effizienz und Umweltverträglichkeit der Speicherung zu gewährleisten.

C. Ergänzende Informationen

a. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

[REDACTED]
Leiterin des Referats für Wasserstoff und internationale Energiepartnerschaften

[REDACTED]
[REDACTED]

b. Beschreibung DIHK

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der der DIHK bis zur

Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 93 Ländern.